

Hemelinger Beirat für eine umfassende Extremismusbekämpfung

Der Beirat Hemeligen setzt sich mit Nachdruck für eine Kultur des demokratischen Miteinanders ein. Unser Ziel ist es, parteiübergreifend nach den besten Lösungen für die Menschen in unserem Stadtteil zu suchen. Dabei legen wir großen Wert darauf, jegliche Form von Extremismus kritisch zu betrachten und entschieden entgegenzutreten. Denn eine starke Demokratie lebt von Vielfalt, Meinungsfreiheit und gegenseitigem Respekt – doch sie darf niemals extremistischen Strömungen Raum geben, die unsere Grundwerte in Frage stellen.

Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit stellt der Islamismus dar, der sich in verschiedenen Formen äußert. Besonders besorgniserregend ist dabei die zunehmende Verbreitung antisemitischer Parolen, insbesondere gegenüber Israel und den hier lebenden Jüdinnen und Juden. Antisemitismus, egal aus welcher Richtung er kommt, ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft und darf nicht toleriert werden. Wer den Satz „Nie wieder“ ernst nimmt, muss sich daher unmissverständlich gegen jede Form des Antisemitismus positionieren – insbesondere gegen den zugewanderten Antisemitismus, der durch radikalisierte Gruppierungen und ideologische Strömungen verstärkt wird.

In einer funktionierenden Demokratie muss es legitim sein, dass Parteien, unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit, Anträge einbringen können, um Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu erarbeiten. So hat es auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion getan, indem sie zwei Anträge zur Debatte gestellt hat. Bedauerlicherweise wurde dieser demokratische Prozess durch linke Parteien behindert, die versucht haben, mit politischem Druck und dem bewussten Ignorieren bestehender Probleme – insbesondere der anhaltenden Migrationskrise – eine offene Auseinandersetzung zu verhindern.

Wir als demokratische Parteien dürfen uns jedoch gerade von Rechtspopulisten nicht davon abhalten lassen, Antworten auf die drängenden Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Unsere Verantwortung liegt darin, Lösungen zu entwickeln, die sowohl unserer Verfassung als auch unserem Menschenbild und unserer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Keine rechtspopulistische Partei sollte uns daran hindern, sachlich fundierte und vernünftige Maßnahmen zu diskutieren und umzusetzen.

Die zwei von der CDU eingebrachten Anträge senden zudem ein wichtiges Signal an die Gesellschaft: Die demokratische Mitte – also jene Kräfte, die für Stabilität und verantwortungsbewusste Politik stehen – setzt sich für einen klaren Kurs in der Migrationspolitik ein. Es geht darum, den illegalen Zustrom nach Deutschland wirksam zu begrenzen und die innere Sicherheit deutlich zu verbessern. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn die Debatte aus der Mitte der Gesellschaft heraus geführt wird und nicht den politischen Extremen überlassen wird. Die Migrationsfrage ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit – sie darf nicht von ideologischen Rändern dominiert werden!

Die CDU ist eine Mitte-Rechts-Partei, die sich klar zu demokratischen Werten bekennt und für eine sachliche, lösungsorientierte Politik steht. Vor diesem Hintergrund ist es problematisch, dass Demonstrationen unter dem Titel „Laut gegen Rechts“ stattfinden. Diese Bezeichnung erweckt den irreführenden Eindruck, dass sich der Protest gegen die gesamte politische Rechte richtet, anstatt spezifisch gegen den tatsächlichen Feind der Demokratie: den Rechtsextremismus. Eine differenzierte und faire politische Auseinandersetzung würde daher erfordern, solche Demonstrationen treffender mit „Laut gegen Rechtsextremismus“ zu betiteln.

Mit großem Bedauern stellt der Beirat fest, dass selbst der Senat Bovenschulte, der zur politischen Neutralität verpflichtet ist, sich an der Instrumentalisierung dieser Demonstrationen beteiligt hat. Insbesondere die jüngsten Kundgebungen, auch in Bremen, wurden genutzt, um offen Stimmung gegen die CDU zu machen – eine Partei, die laut aktuellen Umfragen von der Mehrheit der Menschen in Deutschland unterstützt wird. Ein solcher Umgang untergräbt die politische Fairness und schadet der demokratischen Kultur, die von Respekt, offener Debatte und dem Wettbewerb der besten Argumente lebt.

Der Beirat Hemelingen ruft daher dazu auf, sich für eine sachliche und lösungsorientierte politische Diskussion einzusetzen, die ohne ideologische Scheuklappen geführt wird. Nur so können wir gemeinsam die Herausforderungen unserer Zeit bewältigen und für eine starke, demokratische und sichere Gesellschaft eintreten.

Dr. Christian Kornek, Fraktionssprecher CDU Hemelingen